

## **Kurzmeldungen 09/13**

### **Deutschland lieferte Chemikalien nach Syrien**

Deutschland hat Syrien zwischen 2002 und 2006 Chemikalien geliefert, die auch zum Bau von Chemiewaffen verwendet werden können. Dies geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linksfraktion hervor. Nach Regierungsangaben wurden in den Jahren 2002/03 insgesamt fast 40t geliefert und in den Jahren 2005/06 mehr als 97t. Das Regime von Syriens Machthaber Baschar al-Assad steht im Verdacht, bei einem Giftgas-Einsatz im August mehrere hundert Menschen getötet zu haben.  
Quelle: dpa 18.9.13

### **Saudi Arabien hat Einfluß auf Waffentechnik**

Saudi Arabien hat Ende 2012 einen Sitz im Gemeinsamen Lenkungsausschuss (Joint Steering Committee) der NETMA, der NATO Eurofighter and Tornado Management Agency mit Sitz in Unterhaching bei München bekommen. Diese zwischenstaatliche Agentur schließt für die Nutzerstaaten der Kampfflugzeuge alle Entwicklungs-, Produktions- und Logistikverträge mit der Industrie und legt zum Beispiel fest, welche Komponenten wann neu in die Flugzeuge integriert werden sollen.  
<http://www.lebenshaus-alb.de/magazin/008086.html>

### **Ausnahmen von der EEG-Umlage**

Die Kosten für die von der Bundesregierung ausgeweitete Befreiung energieintensiver Unternehmen von der EEG-Umlage erhöhen sich von 2,7 Milliarden Euro im Jahr 2012 auf fast 5 Milliarden im Jahr 2013 und können über die von der Industrie eingesparten Stromkosten 2014 schon deutlich über die 7 Milliarden Euro Marke steigen. Das wäre der Fall, wenn die bei der zuständigen Bundesanstalt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) beantragten Befreiungen von der Umlage alle genehmigt würden. Nach einer umfangreichen Analyse der Deutschen Umwelthilfe e.V. zur laufenden Strompreisdiskussion würden 2014 bei einer nationalen Bruttostromerzeugung von insgesamt etwa 600 TWh schon 120 TWh privilegiert. Im Gegensatz zu den Strompreisen der privaten Verbraucher seien die Stromkosten der Wirtschaft gleich geblieben oder gesunken, während Detailanalysen zeigten, dass in den meisten EU-Ländern ein Anstieg zu verzeichnen sei. „Deutschland liegt seit Jahrzehnten bei den Industriestrompreisen EU-weit im oberen Drittel, aber seit den Energiewendebeschlüssen gibt es im Wesentlichen nur eine Richtung. Nach unten.“  
Quelle: Deutsche Umwelthilfe, sonnenseite.com 15.8.13

### **Atom- und Kohlesubventionen**

Konventionelle Energien werden in Deutschland doppelt so hoch subventioniert wie Erneuerbare. Das ist das Ergebnis einer Berechnung, die das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) im Auftrag von Greenpeace Energy durchgeführt hat. Während die erneuerbaren Energien in 2012 sichtbar über die EEG-Umlage mit rund 17 Mrd. Euro gefördert wurden, haben die konventionellen Energien versteckte Kosten in Höhe von 40 Mrd. Euro verursacht.  
Die versteckten Kosten der konventionellen Energien setzen sich aus staatliche

Förderungen wie Finanzhilfen und Steuervergünstigungen sowie den externen Kosten der einzelnen Energieträger wie Klimaschäden oder Folgekosten eines nuklearen Unfalls zusammen. Diese Kosten tragen nicht die Verursacher, sondern werden von Verbrauchern unter anderem über Steuern und Abgaben gezahlt. Während sich die versteckten Kosten der Braunkohle auf 13,9 Mrd. Euro belaufen, sind es bei Steinkohle 12,4 Mrd. Euro und bei Atomenergie 11,0 Mrd. Euro. Erdgas kommt auf 3,0 Mrd. Euro. Würde man diese Zusatzkosten aufsummieren und in Form einer Konventionelle-Energien-Umlage transparent machen, ergäbe sich ein Wert von 10,2 Cent pro Kilowattstunde. Das ist fast doppelt so hoch wie die aktuelle EEG-Umlage.

Quelle: FÖS, sonnenseite.com 19.8.13

### **Subventionen auf Chinamodule**

Dank verbilligtem Strom und verbilligten Rohstoffen, Vermarktungszuschüssen, Steuererleichterungen und vergünstigten Krediten von Seiten der Staatsbank können chinesische Hersteller von Photovoltaikmodulen ihre Produkte um 11% billiger auf dem europäischen Markt verkaufen. Dies sei eine Verletzung der Regeln der WTO zum freien Welthandel. Zu diesem Fazit ist die EU-Kommission in ihren neunmonatigen Untersuchungen im Rahmen des Antisubventionsverfahrens gegen China gekommen. Bemerkenswert sei, dass chinesische Hersteller trotz der milliardenschweren Subventionen noch Verluste machen. Aber auch diese würden wieder durch staatliche Kredite abgedeckt.

Quelle: sonnenseite.com 29.8.13

### **Essen im Müll**

Etwa ein Drittel der Nahrungsmittel (28%) auf der Welt werden nach Angaben der FAO nicht konsumiert, sondern weggeworfen oder verfaulen nach der Ernte. Fleisch und Milch werden zwar in relativ geringem Ausmaß weggeworfen, jedoch tragen sie weltweit mit einem Anteil von 78% zu einem Großteil der Flächenverluste durch Wegwerfen bei.

Quelle: FAZ 12.9.13

### **Biodiesel**

Inzwischen wird bis zu 7% Biodiesel dem normalen Diesel beigemischt. Greenpeace hat herausgefunden, daß der Biodiesel zu 52% aus Rapsöl und 25% aus Palmöl, weitere 15% aus Kokosöl und 8% aus Sojaöl. Damit habe sich der Palmölanteil seit Anfang 2011 verdreifacht. Dieses wird in Plantagen angebaut, für die großflächig Regenwälder vernichtet werden.

Quelle: FAZ 5.7.13

### **Bioethanol**

2013 werden nach Angaben der FAO weltweit 149 Mio t Getreide zur Biokraftstoffproduktion genutzt, das sind 6% des weltweiten Getreideverbrauchs. 46% wird zur Nahrungsmittelproduktion und 35% zu Tierfutter verarbeitet. In Deutschland wird Bioethanol aus Getreide dem Benzin beigemischt.

Quelle: FAZ 22.8.13

## **EU-Deckel für Agrosprit**

Der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments hat sich für eine Neuausrichtung der EU-Agrokraftstoffpolitik ausgesprochen. Den Fehlentwicklungen der Vergangenheit wie negativen Klimabilanzen und Konkurrenz zur Nahrungsmittelerzeugung wollen die Abgeordneten mit schärferen Nachhaltigkeitsregeln begegnen. Mit 43 zu 26 Stimmen bei einer Enthaltung votierte der Ausschuss für eine Deckelung konventioneller Biokraftstoffe wie Palm- und Rapsöl bei 5,5 Prozent des Gesamtkraftstoffverbrauchs.

Das alte Ziel, den Agrosprit-Anteil bis 2020 auf 10% zu steigern, sei nun Geschichte. Auch die neue Quote von 5,5% ist wohl immer noch zu hoch angesetzt.

Die EU-Kommission hatte für den Verkehrssektor eine Biokraftstoff-Quote von 5% vorgeschlagen. Zwar kamen die Abgeordneten im Umweltausschuss nun mit dem zusätzlichen halben Prozent der Industrie entgegen, sie dehnten aber zugleich den Geltungsbereich des Deckels auf alle landbasierten Agrotreibstoffe aus – nicht nur solche aus Nahrungsmitteln. Das soll verhindern, dass Energiepflanzen auf Flächen angebaut werden, die dann für den Nahrungsmittelanbau fehlen.

Um das EU-Ziel von 10% erneuerbaren Energien im Verkehrsbereich zu erreichen, fehlen nun noch 4,5 Prozentpunkte. Ausfüllen sollen diesen Anteil nach dem Willen der Abgeordneten Elektrofahrzeuge, die mit Ökostrom betrieben werden, sowie mit 2,5 Prozentpunkten sogenannte Agrokraftstoffe der zweiten Generation. Die Markteinführung solcher Spritsorten aus Reststoffen, Algen und Bakterien soll von der EU gefördert werden.

Gleichzeitig werden die Klimaziele für den Verkehrssektor verschärft, um indirekte Landnutzungsänderungen (ILUC) genauer zu verfolgen und möglichst auszuschließen. ILUC-Faktoren sollen in der EU-Kraftstoffqualitätsrichtlinie und der Erneuerbare-Energien-Richtlinie berücksichtigt werden. Die Details stehen aber noch nicht fest.

Der WWF begrüßte die Entscheidung, warnte aber vor Schlupflöchern. So bleibe es Mitgliedsstaaten freigestellt, auch ohne genügende Anstrengungen im Verkehrsbereich das EU-Klimaziel von 20 Prozent Erneuerbaren zu erfüllen. Außerdem würden Biokraftstoffe der zweiten Generation mehrfach angerechnet.

Im September kommen die neuen Agrosprit-Regeln im Plenum des Europaparlaments zur Abstimmung. Danach müssen sich noch die EU-Staaten mit dem Parlament einigen.

Quelle: sonnenseite.com 12.7.13

## **Aigner rechnet falsch**

Die Naturschutzstiftung EuroNatur, die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), Bioland und der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) werfen dem Bundeslandwirtschaftsministerium (BMELV) Täuschung vor. Die tatsächlichen Kürzungen zulasten der Zweiten Säule der EU-Agrarpolitik in den nächsten sieben Jahren fallen deutlich höher aus, als es das Ministerium glauben machen will. Aus dieser Zweiten Säule werden Agrarumweltmaßnahmen und weitere Elemente der Ländlichen Entwicklung finanziert.

„Der maßgeblich von der Bundesregierung mit ausgehandelte Mehrjährige Finanzrahmen der Europäischen Union für die Jahre 2014 bis 2020 führt zu dramatischen Verlusten zulasten der Zweiten Säule. Das Minus beginnt mit 20 Prozent im Jahr 2014 und wächst auf fast 29 Prozent im Jahr 2020 an. Über die gesamte Förderperiode fehlen fast 25 Prozent im Vergleich zum aktuellen Jahr 2013. Die von Bundesministerin Ilse Aigner herausgegebene Zahl von minus 9,5 Prozent ist bewusst kleingerechnet“, wirft Lutz Ribbe,

Naturschutzpolitischer Direktor von EuroNatur, der Ministerin vor.

Das Ministerium rechnet für die künftigen Mittel aus Brüssel einen Inflationsausgleich von zwei Prozent ein, vergleicht diese Zahlungen dann aber mit Beträgen der alten Förderperiode, ohne den fortlaufenden Inflationsausgleich einzurechnen. Zudem legt das Ministerium in der Vergleichsrechnung nicht das aktuelle Jahr 2013 zugrunde, sondern einen Durchschnitt der letzten sieben Jahre, was zusätzlich zu einem niedrigeren Ausgangswert führt. „Das Bundesministerium vergleicht Äpfel mit Birnen“, so die Verbände in einer Mitteilung.

Der AbL-Vorsitzende Bernd Voß warnt vor den Folgen für die Bauern: „Wenn diese Kürzungen zulasten der zweiten Säule nicht ausgeglichen werden, brechen ab dem kommenden Jahr in Deutschland reihenweise spezifischen Maßnahmen zum Erhalt der Artenvielfalt, der Kulturlandschaften, des Tierschutzes, der Biolandwirtschaft und der regionalen Vermarktung weg. Davon sind etwa ein Drittel aller landwirtschaftlichen Betriebe betroffen, die diese freiwilligen Maßnahmen heute nutzen. Der Kahlschlag muss verhindert werden. Notwendig ist vielmehr ein Ausbau dieser spezifischen Maßnahmen, die auch ein Beitrag zur Sicherung und Schaffung landwirtschaftlicher Arbeitsplätze leisten“, so Voß.

„Die Auswirkungen für Natur und Bauern werden katastrophal sein. In den Bundesländern, besonders auch in Bayern mit dem Kulturlandschaftsprogramm KULAP, wird es spätestens nach den Wahlen ein böses Erwachen geben“, sagt Hubert Weiger, Vorsitzender des BUND und des Bund Naturschutz Bayern, voraus. „In absoluten Zahlen wird Bayern am stärksten von diesen radikalen Kürzungen betroffen sein“, so Hubert Weiger. Demnach stehen Bayern im Jahr 2013 von der EU rund 226 Millionen Euro zur Verfügung, im Jahr 2014 werden es nach dem Konzept von Bundesministerin Ilse Aigner nur noch 183 Millionen Euro sein, 19 Prozent weniger.

Über die gesamte neue Finanzperiode bis zum Jahr 2020 stehen Bayern den Plänen der Bundesministerin zufolge nur noch rund 1,27 Milliarden Euro für die Zweite Säule zur Verfügung. „Das sind 410 Millionen Euro oder fast 25 Prozent weniger als erforderlich sind, um allein den Status Quo der jetzigen Maßnahmen weiter finanzieren zu können. Das bedeutet einen radikalen Einschnitt in das Herzstück bayrischer Agrar- und Umweltpolitik“, so Weiger.

Bioland-Präsident Jan Plagge erklärt: „Vor dem Hintergrund dieser Zahlen ist es vollkommen unverantwortlich, dass Ministerin Aigner die von der EU ermöglichte Mittelumschichtung zwischen den Säulen der Agrarpolitik zugunsten der Ländlichen Entwicklung bisher kategorisch ablehnt. Gerade die ökologisch wirtschaftenden Bauern und Umstellungsinteressierten brauchen ausreichend ausgestattete Programme und Planungssicherheit über die nächsten Jahre“, sagte Plagge. Der Bioland-Präsident verweist darauf, dass im Gegensatz zu den hohen Kürzungen zulasten der Ländlichen Entwicklung die Direktzahlungen der ersten Säule nur um ca. acht bis neun Prozent gekürzt würden.

Die Verbände fordern die Bundesregierung und die Bundesländer auf, im Zuge der anstehenden nationalen Umsetzung der EU-Agrarreform unter anderem die von der EU geschaffene Möglichkeit zur Umschichtung zu nutzen: Bis zu 15 Prozent der nationalen Obergrenze sollen den Bundesländern für bestimmte Maßnahmen der zweiten Säule zur Verfügung gestellt werden – mit der Maßgabe, daraus Förderangebote für landwirtschaftliche Betriebe im Bereich Agrarumwelt, Klimaschutz, Ökolandbau, Tierschutz (einschließlich Investitionen in den erforderlichen Umbau der Tierhaltung) und regionale

Vermarktung zu finanzieren.

Quelle: EuroNatur, sonnenseite.com 22.7.13

### **Kompromiss für EU-Agrarreform gefunden**

EU-Staaten und Europaparlament haben sich über letzte offene Details der EU-Agrarreform geeinigt. EU-Fördermittel sicherten künftig besonders die Existenz kleinerer Höfe, die bessergestellt werden könnten. Dazu gehört auch eine Extraförderung, die vor allem kleineren Betrieben nutzen soll.

Am kommenden Montag stimmt der Agrarausschuss des Europaparlaments über die Einigung ab.

Statt bei den Großen zu kürzen, will Aigner lieber allen Höfen in Deutschland die gleiche Extraförderung auf einen Anteil ihres Grund und Bodens gewähren. Das Geld dafür käme aus dem nationalen Topf für Direktzahlungen - dies sind EU-Gelder zur Stützung des Einkommens der Bauern.

Ein Konzeptpapier Aigners sieht die neue Zusatzförderung für die ersten 30 Hektar vor. Kleine Höfe würden davon im Verhältnis stärker profitieren als große. Eine solche Regelung erlaubt der nun gefundene EU-Kompromiss.

Auf welches Modell sich die deutschen Bauern einstellen können, muss allerdings Aigners Amtsnachfolger mit den Bundesländern klären. Während also auf EU-Ebene tatsächlich weitgehend Planungssicherheit herrscht, haben die deutschen Bauern erst Gewissheit, wenn Bund und Länder sich über die nationale Umsetzung verständigt haben.

Wenn ein EU-Land sich nicht für diese Extraförderung entscheidet, müssen Großbetriebe dort mit Kürzungen von mindestens fünf Prozent bei EU-Direktzahlungen von mehr als 150 000 Euro pro Jahr rechnen. Das EU-Parlament hatte eigentlich weitere Kürzungen ab Summen von 300 000 Euro erreichen wollen.

Die EU-Staaten sind den Abgeordneten jedoch an anderer Stelle entgegen gekommen: So kann die EU einen höheren Anteil bei der Finanzierung von Projekten für die ländliche Entwicklung in besonders strukturschwachen Gebieten übernehmen - in der Regel bis zu 85 Prozent. Die Staaten hatten eigentlich zehn Prozentpunkte weniger gewähren wollen. Nutznießer sind zum Beispiel kleine Inseln in der Ägäis oder entlegene europäische Gebiete wie Guadeloupe in der Karibik. Die EU-Landwirtschaftsminister hatten den Kompromiss bei ihrem Treffen am Vortag vorbereitet.

Mit der Reform verteilt die EU ihre Agrarmilliarden bis 2020 neu. Fast drei Viertel der europäischen Agrargelder gehen direkt an die 13,7 Millionen hauptberuflichen Landwirte. Quelle: dpa 25.9.13

### **Monsanto, britische Regierung, EFSA und EU-Kommission gemeinsam gegen die Zivilgesellschaft**

Der Konzern Monsanto, die britische Regierung, die Europäische Lebensmittelbehörde EFSA und die EU-Kommission wollen sich vor Gericht verbünden, um zu verhindern, dass eine risikobehaftete gentechnisch veränderte Soja vom Markt genommen werden muss. Im März 2013 hatte eine Gruppe von Nichtregierungsorganisationen vor dem Gerichtshof der Europäischen Union gegen die EU-Zulassung der gentechnisch veränderten Soja „Intacta“ von Monsanto geklagt (T-177/13-5). Die Gründe: Die EFSA hat nach Ansicht der Kläger die Risiken nicht ausreichend geprüft. Monsanto, die EFSA und die britische Regierung eilen der EU-Kommission jetzt zu Hilfe. Sie wollen dem Gerichtsverfahren beitreten, um die Gentechnik-Soja zu verteidigen.

Ähnlich wie der umstrittene Mais „SmartStax“ produziert die Gentechnik-Soja ein Insektengift und ist zusätzlich unempfindlich gegenüber dem Unkrautvernichtungsmittel Glyphosat (enthalten u.a. in „Roundup“). Die Gentechnik-Soja wurde 2012 für die Verwendung in Futter- und Lebensmitteln in der EU zugelassen. Die Klage wurde vom europäischen Netzwerk unabhängiger kritischer WissenschaftlerInnen ENSSER (European Network of Scientists for Social and Environmental Responsibility), dem Verein Sambucus und Testbiotech eingereicht. Die Manfred-Hermsen-Stiftung, die Zukunftsstiftung Landwirtschaft, die Gesellschaft für ökologische Forschung und die Arbeitsgemeinschaft Bäuerliche Landwirtschaft (AbL) unterstützen die Klage. Eine erste Reaktion der EU-Kommission auf die Klage liegt bereits vor. Nach Ansicht der Kläger sind die Argumente der Kommission aber weder rechtlich noch wissenschaftlich überzeugend.

„Soja ist eines der Lebensmittel, das am häufigsten Allergien auslöst. Es ist bekannt, dass das Insektengift, das in den transgenen Pflanzen produziert wird, Immunreaktionen noch verstärken kann. Damit wächst auch das gesundheitliche Risiko. Andere Risiken sind Wechselwirkungen von Spritzmitteln wie Roundup mit dem Insektengift, das in den Pflanzen produziert wird“, kritisiert Christoph Then von Testbiotech. „Trotz der Risiken verlangte die EFSA nicht einmal Fütterungsstudien, um die gesundheitlichen Risiken zu prüfen.“ Testbiotech koordiniert die Klage und bittet die Öffentlichkeit jetzt um Unterstützung wegen der Klagekosten.

Quelle: testbiotech, 25.9.13

### **neuer Weltklimabericht**

Der Weltklimarat stellt die Kernthesen eines neuen Reports vor. Für diesen ersten Teil des fünften Weltklimaberichtes haben Hunderte Wissenschaftler Zehntausende Studien analysiert. Er beschreibt unter anderem, wie sich Ozeane, Gletscher und Temperaturen auf der Welt in den kommenden Jahrzehnten verändern könnten. Eine Kurzfassung des rund 2000 Seiten dicken Reports sind Wissenschaftler und Regierungsvertreter in den vergangenen Tagen Satz für Satz durchgegangen. Die Daten sind eine wichtige Grundlage für weitere politische Verhandlungen zum Klimawandel.

Der erste Teil des Reports beleuchtet die wissenschaftliche Grundlagen des Klimawandels. Teil zwei und drei konzentrieren sich auf dessen Auswirkungen und darum, wie die Klimaerwärmung gebremst werden kann. Sie werden im Frühjahr 2014 in Japan und Berlin vorgestellt.

Quelle: dpa 26.9.13

### **PIK zu Kosten des Klimaschutzes**

Das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung beziffert die Kosten für das Zwei-Grad-Ziel. Noch lässt sich das Ziel vergleichsweise günstig erreichen, sagen sie Wissenschaftler. Passiert bis 2030 nichts, erreichen die Kosten die Höhe der Verluste der aktuellen Finanzkrise.

"Wir sehen, dass die Kosten, das Zwei-Grad-Ziel zu erreichen, dann davon abhängen, ob man rasch damit anfängt oder ob es einfach noch zehn oder 20 Jahre dauert, bis dieser Klimavertrag zustande kommt. Im zweiten Fall ist es sehr fraglich, ob das Ziel dann noch erreichbar ist. Und wenn, dann nur zu sehr viel höheren Kosten, und es würde zudem auch eine sehr viel stärkere Abhängigkeit von spezifischen Technologien, die unter Umständen politisch umstritten sind, bedeuten."

"Die Studie spricht davon, dass wir das Ziel derzeit noch mit rund zwei Prozent Einkommens- oder Wirtschaftswachstumsverlust weltweit erreichen können. Wenn man aber bis 2030 warten würde, dann wären es schon sechs Prozent. Das wäre so ungefähr das, was wir durch die Finanzkrise verloren haben."

Quelle: DLF, 12.9.13, <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/umwelt/2248891/>

### **neue Klimaschutz-Vorgaben für Autos**

Vertreter von EU-Staaten, Europaparlament und EU-Kommission fanden einen Kompromiss, wie die irische EU-Ratspräsidentschaft mitteilte. Mit den Vorgaben will die EU festlegen, wie die europäischen Autobauer Grenzwerte des klimaschädlichen Gases Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) erreichen können.

Premiummarken wie Daimler und BMW haben es mit Hilfe der deutschen Regierung geschafft, sogenannte Supercredits im Gesetz zu verankern. Bei diesen Supercredits handelt es sich um spezielle Boni für Elektroautos oder andere schadstoffarme Fahrzeuge. Mit Hilfe dieser können sich Hersteller solche Fahrzeuge gleich mehrfach auf ihre Klimabilanz anrechnen lassen und müssen so weniger bei konventionellen Wagen sparen. Im Jahr 2020 sollen sich die Autobauer für jedes schadstoffarme Fahrzeug zwei anrechnen lassen können, erklärten EU-Diplomaten. Damit wird der für das Jahr 2020 festgelegte Zielwert von 95 Gramm pro Kilometer verwässert und de facto erst drei Jahre später erreicht. 2023 soll dieser Bonus auslaufen. Jeder halbwegs sinnvolle Grenzwert ab 2025 ist damit Makulatur. Greenpeace fordert ab 2025 einen maximalen CO<sub>2</sub>-Ausstoß von 60 Gramm je Kilometer. Zwar einigten sich die Unterhändler, dass Europa auch für die Zeit nach 2020 CO<sub>2</sub>-Zielwerte festlegen will. Zahlen legten sie aber noch nicht fest. Auch die Testverfahren zur Bestimmung des Spritverbrauchs sollen überholt werden, damit sie genauer den wirklichen Verbrauch der Fahrzeuge widerspiegeln.

Der derzeit gültige Grenzwert von 130 Gramm CO<sub>2</sub> je Kilometer soll auf 95 Gramm abgesenkt werden. Das entspricht einem Spritverbrauch von knapp vier Litern auf 100 Kilometer im Schnitt. Mit der Entscheidung endet voraussichtlich ein monatelang andauernder Streit zwischen Industrie, Politik und Umweltverbänden.

Quelle: Greenpeace, sonnenseite.com 28.6.13

### **BaFin und die Bankenabwicklung**

Nach dem Plan der Europäischen Kommission sollen Banken, die in Schieflage geraten sind, künftig zentral in Brüssel abgewickelt werden. Als die Krise kam und Banken abgewickelt werden mussten, die WestLB etwa oder die HypoReal Estate, da wurde der Bankenaufsicht als Oberbehörde die Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung zur Seite gestellt. Die wären, Stand heute, auch zuständig, wenn weitere Banken aus Not vom Markt verschwinden müssten. Es wäre also eine nationale Behörde zuständig, nicht die EU-Kommission. Die hätte diese Macht aber gerne. Letztlich sind die Mittel, mit denen Abwicklung gemacht wird, nationale Mittel. Hier würde also eine europäische Institution Entscheidungen zulasten potenziell auch nationaler Haushalte treffen.

Zumal auf europäischer Ebene auch Bestrebungen erkennbar sind, die klare Haftung für Bankpleiten zu durchlöchern. Der Steuerzahler soll ganz zum Schluss haften. Die Aktionäre sollen zuerst dran sein, dann die Gläubiger, die also, die Bankanleihen gekauft haben, auch die Sparer.

Einleger bis 100.000 sind geschützt. Einleger darüber hinaus haben einen bevorzugten Stand gegenüber sonstigen Gläubigern.

Eine europäische Kommission unter Leitung des finnischen Notenbankpräsidenten Liikanen hatte vorgeschlagen, die Geldbeschaffung bei Großbanken nach einzelnen Geschäftsfeldern aufzuteilen.

Quelle: DLF 16.7.13, <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/wirtschaftamittag/2180038/>

### **Energiearmut**

312.000 Haushalten in Deutschland wurde im Jahr 2012 wegen unbezahlter Rechnungen der Strom abgestellt. Nach Angaben von Sozialverbänden leben in jedem dritten Haushalt, der vom Stromnetz abgeklemmt wird Hartz4-Empfänger. Schuldnerberater stellen fest, daß unter den Menschen mit Stromschulden besonders zahlreiche Geringverdiener und Bezieher von kleinen Renten sind. Häufig wurden zu viele Ratenkredite aufgenommen. Wer mehr als 10% seines Einkommens für Energie ausgeben muß gilt in Großbritannien als „energiearm“.

Quelle: FAZ 6.7. 13 und 17.8.13

### **Beschäftigung**

Die Zahl der Erwerbstätigen lag im 2. Quartal 2013 bei 41,8 Mio Erwerbstätigen. Die Zahl der Menschen, die zu ihrem normalen Einkommen einen Zweitjob als Minijob haben lag Ende 2012 bei etwa 2,66 Mio Beschäftigten. Im Dezember 2003 lag die Zahl noch bei 0,81 Mio Beschäftigten.

Quelle: FAZ 13. und 21.8.13

### **Greenpeace für höhere Umsatzsteuer auf Fleisch**

Greenpeace schlägt vor, den Mehrwertsteuersatz auf Fleisch von 7 auf 19% zu erhöhen, da diese zu massiven Schäden für Klima und Umwelt führen. Der Verbrauch werde dadurch sinken. Die Kunden zahlen dann etwa 25 Euro mehr im Jahr für Fleisch und Wurst. Das ergibt zusätzliche Staatseinnahmen von 2 Mrd Euro.

Zusätzlich fordert Greenpeace eine Stickstoff-Überschußsteuer, Zölle auf Import-Soja und eine Fettsteuer.

Quelle: Schrot&Korn 9/2013, Greenpeace-Studie „Ökonomische Instrumente für eine Senkung des Fleischkonsums in Deutschland“

### **Sklaverei**

In Westafrika leben in Mauretania etwa 600.000 Menschen in der Sklaverei. Offiziell wurde die Sklaverei schon dreimal abgeschafft, aber ohne Erfolg.

Quelle: NOZ 20.8.13